



75 JAHRE ISRAEL =
75 JAHRE VERTREIBUNG
DER PALÄSTINENSER (NAKBA)
UND KEIN ENDE IN SICHT



1948

Nach dem UN-Vorschlag zur Teilung Palästinas im November 1947 begannen zionistische Terrormilizen, die palästinensische Bevölkerung gewaltsam anzugreifen und zu vertreiben. Die Palästinester*innen erinnern die Staatsgründung Israels daher als **NAKBA, DIE KATASTROPHE**. Bis 1949 verloren etwa 750.000 Menschen ihre Heimat.

Bereits im Dezember 1948 forderte die UN Israel mit der Resolution 194 dazu auf, die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat zuzulassen. Diese Resolution wird seitdem von Israel konsequent ignoriert, obwohl Israel nur unter Anerkennung der Resolution in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde.

Seit 1967 besetzt der israelische Staat militärisch das Westjordanland, Gaza und Golan. Er errichtet illegale Siedlungen in den besetzten Gebieten. Willkürliche Razzien, Festnahmen, Landenteignungen, Hauszerstörungen, jahrelange Administrativhaft, Beschränkung der Bewegungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, unfaire Gerichtsverfahren, gezielte Tötungen und Siedlergewalt bestimmen den Alltag der Palästinenser*innen. Gaza wurde in ein belagertes, regelmäßig bombardiertes Freiluftgefängnis umfunktioniert.



2023

Ohne internationalen Druck wird sich nichts ändern

2023 wurden bereits 108 Palästinenser*innen, darunter 22 Kinder, durch die israelische Armee oder Siedler ermordet. Amnesty International, Human Rights Watch und die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem haben das israelische Regime über die Palästinenser sowohl in Israel als auch den besetzten Gebieten als Apartheidregime bezeichnet.

Die deutsche Regierung unterstützt auch die aktuelle rechtsgerichtete israelische Regierung in politischer, wirtschaftlicher, kultureller und militärischer Form weitgehend vorbehaltlos und stabilisiert dadurch auch die Besatzung. Sie übergeht stillschweigend die zahlreichen Verletzungen des Menschen- und Völkerrechts und das Leiden der palästinensischen Bevölkerung und macht sich somit zum Komplizen der israelischen Unterdrückungspolitik.

Es empört uns als Demokrat*innen, dass in Deutschland und auch in Mannheim versucht wird, jede Kritik an der israelischen Politik und Berichte über die Situation der PalästinenserInnen aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Die meinungsbildenden Medien berichten überwiegend sehr einseitig über die Lage in Israel/Palästina.

Kommt zum Gedenktag an die Nakba in Mannheim am 21. Mai 15:00 Uhr Kapuzinerplanken

Wir von der Nahostgruppe Mannheim sind Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichen Alters aus der Region Mannheim mit unterschiedlichen sozialen und beruflichen Hintergründen. Wir möchten die Situation und die Konfliktentwicklung in Palästina/Israel nicht kommentarlos hinnehmen. Mit Informationen und Kritik möchten wir einen Beitrag zu einem gerechten Frieden zwischen Israel und seinen palästinensischen und arabischen Nachbarn leisten. Dem stehen insbesondere die israelische Besatzung und die Besiedlung palästinensischer Gebiete im Weg.

Wir treten ein für das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie auf gewaltfreien Widerstand gegen jede Art von rassistischer Diskriminierung. Damit schließen wir uns der Mannheimer Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt an.

Wir wollen mit Veranstaltungen und regelmäßigen Informationsständen in der Stadt eine Gegenöffentlichkeit erzeugen. Wir berichten über palästinensisches Leben in seiner gesellschaftlichen Vielfalt. So leisten wir einen Beitrag zu einer differenzierten, historisch und politisch sachlichen Diskussion.

